



**Das Netzwerk
von Ehrenamtlichen**



Das geplante Demokratiefördergesetz aus Sicht der Jugendverbandsarbeit

Haltung und Forderungen zur Stärkung der Demokratie und Zivilgesellschaft Gastbeitrag von Daniela Hottenbacher

Es ist grundsätzlich zu begrüßen, dass die Bundesregierung ihr Vorhaben ernst nimmt, einen gesetzlichen Auftrag des Bundes in Form des geplanten Demokratiefördergesetzes (DFördG) zur Stärkung von Maßnahmen zur politischen Bildung, Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention zu schaffen. Es kommt dabei aber stark auf das Wie an. Daher setzt sich der Deutsche Bundesjugendring e.V. als Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände und -ringe in Deutschland kritisch mit dem geplanten Vorhaben auseinander.

Die Schaffung einer vom Bund dauerhaft finanziell geförderten Struktur in den Bereichen politische Bildung, Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention kann die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Akteure in ihrer Arbeit in den genannten Themenfeldern stärken. Damit kann eine dauerhafte Weiterentwicklung in diesen Feldern ermöglicht werden und eine Vernetzung der Träger und damit einhergehend auch eine Diversifizierung der Felder gestärkt werden.

Die zusätzliche Säule der politischen Bildung muss jedoch als sinnvolle Ergänzung bestehender Instrumente mit ihrer spezifischen Förderlogik konzipiert werden, ohne dass dies dadurch zu einer statischen Versäulung der vier oben

genannten Felder führt. Die Regelungen im Gesetzesentwurf lassen jedoch bis dato nicht ausreichend erkennen, wie für alle vier Handlungskreise einerseits deren spezifische Stärkung sowie andererseits auch eine Offenheit für Kooperationen und Weiterentwicklungen erreicht werden können.

Im Verständnis der politischen Jugendbildung, das zuerst auf den Rahmenbedingungen des § 11 SGB VIII basiert, sollte die Praxis politischer Bildung Demokratie als Bildungsgegenstand, Demokratie als Erfahrung und Demokratie als Bildungsstruktur in den Blick nehmen. Hier schließt sich der Bundesjugendring im Verständnis politischer Bildung der Definition des 16. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung¹ an, welche politische Bildung als einen „Aneignungsprozess politischer Selbstbildung“ definiert. Politische Bildung verstanden als bloße Maßnahme verkürzt die politische Bildung auf eine rein kognitive Aufklärungsarbeit.

Kritisch anzumerken ist, dass der vom Verfassungsschutz geprägte Extremismusbegriff zu diffus und unbestimmt ist. Er ist bisher auch nicht gesetzlich normiert und dementsprechend rechtlich unbestimmt. Auch deshalb sollte dieser Begriff nicht ohne weiteres in einem Gesetz festgeschrieben werden. Des Weiteren birgt ein unbestimmter Extremismusbegriff die Ge-

¹ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/publikationen/16-kinder-und-jugendbericht-162238>

-fahr, dass Weltanschauungen, die Utopien besserer Gesellschaftsordnungen beinhalten, unter den Generalverdacht der Verfassungsfeindlichkeit gestellt werden, anstatt klar Rechts-Extremismus und damit menschenfeindliche Ideologien als Problematik zu benennen. Ein Begriff, der zu viel Interpretationsspielraum lässt, trägt nicht dazu bei, die Demokratieförderung langfristig auf sichere Beine zu stellen.

Neben dieser notwendigen begrifflichen und strukturellen Auseinandersetzung mit dem Gesetzesentwurf ist auch der Gesamtkontext bundesweiter Förderstrukturen zu berücksichtigen. Nachhaltige, im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes,² geförderte Strukturen haben insbesondere in den gegenwärtigen Krisen durch ihr vielfältiges und ehrenamtliches Engagement einen gesamtgesellschaftlichen Beitrag von unschätzbarem Wert geleistet und durch ihren Einsatz langfristige Wirksamkeit unter Beweis gestellt.

Sie reagieren mit ihren Netzwerken, ihrer Reichweite und ihrer Expertise zeitnah und flexibel auf sich verändernde Anforderungen. Daher ist es für den Bundesjugendring zwingend notwendig und folgerichtig, den entsprechenden Trägern zusätzlich auch Zugang zu den sich aus dem DFördG ergebenden ergänzenden Förderinstrumenten zu ermöglichen. Damit verstärkt sich die Reichweite der bisherigen außerschulischen Bildungsarbeit.

Dies zeigt: Es braucht neben dem DFördG und den daraus folgenden neuen Förderinstrumenten auch einen dynamisierten Ausbau des KJPs als erfolgreiches Instrument der Gewährleistung politischer Jugendbildung. Förderpolitische Instrumente im Bereich des Demokratiefördergesetzes müssen dabei stets dem Selbstverständnis einer nichtstaatlichen außerschulischen Bildungsarbeit folgen und können diesem Selbstverständnis nicht gesetzlich vorangehen. Dies entspricht einem zivilgesellschaftlichen und insbesondere einem jugendpolitischen Verständnis von Selbstbestimmung, Selbstorganisation und Freiwilligkeit.³

Dazu gehören zum Beispiel die Pflicht zu partnerschaftlichem Zusammenarbeiten von staatlichen Strukturen und Zivilgesellschaft, das Subsidiaritätsprinzip i.S. des SGB VIII und eine Träger-, Werte- und Angebotspluralität. Konkret heißt dies vor allem: Die Zivilgesellschaft muss in ihrer Arbeit als unabhängiger, starker Partner von Politik und Verwaltung gesehen werden und nicht als Dienstleister staatlicher Vorgaben.

Aus diesen Gründen begrüßt der Bundesjugendring, als Zusammenschluss der Jugendverbände und -ringe, grundsätzlich die angekündigte Beteiligung der Zivilgesellschaft. Die konkrete Ausgestaltung der Förderrichtlinien nimmt zur

Erreichung der Ziele des Gesetzes einen hohen Stellenwert ein und wird für den Erfolg eines solchen Gesetzes maßgeblich sein.

Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, die zivilgesellschaftliche Expertise bei der Ausgestaltung und der Evaluation der Förderrichtlinien – z.B. durch die Einrichtung eines Beirates – umfangreich einzubeziehen. Insoweit sieht der Bundesjugendring den Bedarf, die Beteiligung der Zivilgesellschaft stärker und expliziter gesetzlich im DFördG zu verankern. Darüber hinaus bedarf es unter der Prämisse der Nachhaltigkeit einer regelmäßigen Evaluation und Weiterentwicklung der Richtlinien unter Beteiligung der zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere der Träger von Maßnahmen, die über diese Richtlinien oder über Förderprogramme mit inhaltlichen Schnittstellen zum DFördG gefördert werden.

Daniela Hottenbacher
Stellv. DBJR-Bundesvorsitzende



² Der KJP ist das Instrument des Bundes zur Umsetzung seiner Verpflichtungen aus § 83 Abs. 1 SGB VIII. Dazu gehört untrennbar die Förderung der bundeszentralen Träger der Kinder- und Jugendarbeit und die Anregungs- und Förderfunktion in Bezug auf die Kinder- und Jugendarbeit, zu der zwingend die politische Jugendbildung gehört. Der 16. Kinder- und Jugendbericht betont deutlich die Potentiale des Lern- und Erfahrungsfeldes „Jugendverbände“ für die politische Subjektwerdung junger Menschen, denn „in Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. [...] Durch Jugendverbände und ihre

Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ (§ 12 Abs. 2 SGB VIII).

³ Der in § 12 SGB VIII verankerte Rechtsanspruch der Jugendverbände auf Förderung begründet sich vor allem mit dem Beteiligungsansatz: „In Jugendverbänden und Jugendgruppen wird Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet. [...] Durch Jugendverbände und ihre Zusammenschlüsse werden Anliegen und Interessen junger Menschen zum Ausdruck gebracht und vertreten“ (§ 12 Abs. 2 SGB VIII).

ZUM THEMA

Demokratieförderung und Ehrenamt

Wie ehrenamtliches Engagement die Demokratie stärkt

Ehrenamtliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie. Die Möglichkeit, sich in Vereinen, Initiativen oder anderen Organisationen zu engagieren, ist nicht nur ein Ausdruck persönlicher Verantwortung und Solidarität, sondern auch ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Denn wer sich ehrenamtlich engagiert, lernt nicht nur, Verantwortung zu übernehmen, sondern auch demokratische Prozesse aktiv mitzugestalten. Diese praktischen Erfahrungen sind wichtig, um den Wert der Demokratie wirklich zu erleben. Dieses Erleben führt dazu, dass Demokratie dann auch geschützt wird.

Das Ehrenamt als Teil der Demokratieförderung

Ehrenamtliche Tätigkeiten sind also ein wichtiger Bestandteil der Demokratieförderung, denn sie ermöglichen es den Bürgerinnen und Bürgern, sich aktiv an der Gestaltung ihres Lebensumfeldes zu beteiligen. Ob als Vorstand eines Vereins, als Betreuerin in einer Jugendgruppe oder als Helfer in einer gemeinnützigen Organisation – das Ehrenamt bietet zahlreiche Möglichkeiten, sich für das Gemeinwohl einzusetzen und damit auch die Demokratie zu stärken. Dabei ist es gerade in Zeiten gesellschaftlicher und politischer Herausforderungen wichtig, dass die ehrenamtlich Tätigen über das notwendige Know-how verfügen, um ihre Aufgaben effektiv zu erfüllen. Deshalb sind Fortbildungen und Weiterbildungen für Ehrenamtliche ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratieförderung.

Fort- und Weiterbildungen für Ehrenamtliche

Fort- und Weiterbildungen sind wichtig, um die Qualität des ehrenamtlichen Engagements zu verbessern und den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden. Sie ermöglichen es den Ehrenamtlichen, ihr Wissen zu

vertiefen, neue Ideen zu entwickeln und sich mit anderen Engagierten auszutauschen. Dabei geht es nicht nur um fachliche Themen, sondern auch um kommunikative und soziale Kompetenzen, die für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Ehrenamt von großer Bedeutung sind. Fortbildungen können beispielsweise Seminare zu Themen wie Vereinsrecht, Projektmanagement oder Öffentlichkeitsarbeit umfassen. Auch Workshops zur Konfliktlösung, zur Kommunikation oder zum Umgang mit digitalen Medien können sinnvoll sein. Weiterbildungen bieten die Möglichkeit, sich in speziellen Bereichen zu qualifizieren, wie beispielsweise im Bereich der Jugendarbeit, der Altenpflege oder der Flüchtlingshilfe. Der Austausch von Erfahrungen und Ideen kann nicht nur das eigene Engagement stärken, sondern auch zu einem besseren Verständnis der gesellschaftlichen Herausforderungen beitragen. Dies wiederum kann dazu beitragen, dass sich die Ehrenamtlichen noch besser in das demokratische Gemeinwesen einbringen können.

Fazit

Ehrenamtliches Engagement ist ein wichtiger Baustein für eine funktionierende Demokratie. Doch um die Qualität des ehrenamtlichen Engagements zu verbessern und den Herausforderungen der heutigen Zeit gerecht zu werden, sind *Fort- und Weiterbildungen für Ehrenamtliche* unverzichtbar. Sie bieten die Möglichkeit, das Wissen und die Kompetenzen der Engagierten zu vertiefen und damit einen wichtigen Beitrag zur Demokratieförderung zu leisten. Entsprechende Angebote werden zum Beispiel unter www.meet-campus.de gelistet. Hier finden Sie eine große Auswahl an Fort- und Weiterbildungen für Ehrenamtliche, die Ihnen helfen werden, Ihre Tätigkeit effektiver und erfolgreicher zu gestalten. Das Portal bietet eine einfache Suche nach Kursen und Seminaren, eine benutzerfreundliche Plattform und eine Vielzahl von Informationen.

Christopher Schmidhofer
Referent neue Bildungsformate

Diskussion I

Das Demokratiefördergesetz und die neue Engagemenstrategie sollen kommen

Zwei zentrale bundespolitische Vorhaben im Demokratie- und Engagementbereich werden in dieser Legislaturperiode – voraussichtlich – abgeschlossen: Das Demokratiefördergesetz und eine neue Engagemenstrategie.

Seit Langem kämpfen Initiativen zur Stärkung der Demokratie sowie zur Prävention und Bekämpfung von Extremismus und Förderung von Pluralität und Partizipation, z.B. von Beratungen, Ausstiegsprojekten, Begegnungs- und Empowermentstrukturen, um nachhaltige Förderbedingungen. Den meisten Initiativen fehlt es an einer gesicherten Struktur, sie können nur von Projekt zu Projekt planen.

Nach dem Mord Walter Lübckes sowie den Terroranschlägen von Halle und Hanau 2019/20 beschloss die damalige Koalition von SPD und CDU/CSU, mehr für eine wehrhafte Demokratie und gegen ihre aus Sicht der Bundesregierung größte Bedrohung, den Rechtsextremismus, zu unternehmen. Erst mit Bildung der neuen Bundesregierung kam das legislative Vorhaben zur nachhaltigen Förderung eines freiheitlichen und pluralen Gemeinwesens sowie zur verlässlichen Absicherung der beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure in die faktische Umsetzung. Ein Gesetzesentwurf wurde 2022 vorgelegt, der hervorhebt, dass der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung eine Gemeinschaftsaufgabe von Staat und Gesellschaft darstellt. Dieser macht sich zum Ziel, die Demokratie, politische Bildung, die „Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ sowie „die Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe“ dauerhaft zu stärken. Der Bund beabsichtigt damit eine Grundlage zu schaffen, um eigene Maßnahmen durchzuführen zu können sowie Maßnahmen Dritter zu fördern, „sofern sie von überregionaler Bedeutung sind und



in erheblichem Bundesinteresse liegen.“¹

Im Frühling 2023 werden sich Bundestag und Bundesrat ausführlich mit dem Gesetz beschäftigen. Geplant ist eine Verabschiedung vor der Sommerpause.

Dieses Vorhaben ist aus Sicht des Deutschen Caritasverbandes begrüßenswert. Jegliche Phänomene der sozialen Ausgrenzung und gesellschaftlicher Ungleichheit gehören konsequent beseitigt.

Um Rassismus und Diskriminierung nachhaltig zu bekämpfen und die Demokratie zu stärken, worauf dieser Gesetzesentwurf abzielt, müssen aber auch die tieferliegenden Ausgrenzungsstrukturen und -praktiken stärker in den Blick genommen werden.

Dazu gehören insbesondere der Rassismus in der Mitte der Gesellschaft, das diskriminierende Alltagsverhalten, sowie Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit, Behindertenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.

Hass und Hetze, Vorurteile und Ausgrenzung gefährden den sozialen Zusammenhalt. Dabei sind wir alle die handelnden Akteure – Ehrenamtliche und Hauptamtliche, die sich mit ihren konkreten Aufgaben für sozialen Zusammenhalt, Solidarität, Verständigung und Gerechtigkeit einsetzen. Vor diesem Hintergrund erscheint die Stärkung der sozialen Arbeit und des ehrenamtlichen Engagements, welche in besonderer Weise zu einer demokratischen, offenen und vielfältigen Gesellschaft beitragen und Partizipation ermöglichen, unerlässlich.

Der Deutsche Caritasverband und die anderen Bundesverbände der Freien Wohlfahrtspflege plädieren deshalb dafür, existierende und zukünftige Instrumente für die Demokratiestärkung (inkl. seiner Förderung und entsprechender

Richtlinien) zusammenzudenken und miteinander strategisch zu verknüpfen.²

*Yana Gospodinova
Referentin in der Kontaktstelle Politik des Deutschen Caritasverbandes für Migration, Flüchtlings- und Innenpolitik*

Diskussion II

Sie sind gefragt! Gemeinsam zur neuen Engagementstrategie

Nicht nur das Demokratiefördergesetz wird in dieser Legislaturperiode auf den Weg gebracht, sondern auch eine neue Engagementstrategie soll noch 2024 verabschiedet werden. Die Engagementstrategie der Bundesregierung hat zum Ziel, einen zukünftigen Kompass für die Engagementförderung der verschiedenen Bundesressorts zu liefern und gleichzeitig auch konkrete Maßnahmen zur Stärkung von Engagement und Ehrenamt zu benennen. Erfreulich ist, dass der Erarbeitungsprozess mit Beteiligung der Zivilgesellschaft stattfindet und bis September 2023 die Möglichkeit besteht, sich einzubringen: Sie als Engagierte, wir alle, sind gefragt unsere Vorschläge und Forderungen zur Stärkung und dem nachhaltigen Ausbau des Engagements in Deutschland einzubringen. Die Deutsche Stiftung für Ehrenamt und Engagement (DSEE) und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) wurden vom Familienministerium mit der Durchführung des Beteiligungsprozesses beauftragt.

Die DSEE hat drei Bausteine entwickelt, mit denen zivilgesellschaftliche Akteure ihre Forderungen und Anliegen in eine Engagementstrategie des Bundes einbringen können. Auf der Homepage [kommunikation-des-engagements.de](https://www.kommunikation-des-engagements.de) sind unter der Rubrik „Von Euch. Für Alle.“, jede_r Bürger_in herzlich eingeladen ihre Vorschläge einzubringen: Wie können wir

gemeinsam die Zukunft des Engagements gestalten? Was sollte sich ändern? Was ist Ihnen wichtig?

Ein zweiter Baustein liefert didaktisch aufgearbeitete Formate, die in Veranstaltungen, Konferenzen, Sitzungen usw. integriert werden können: „Bringt vor Ort Menschen zusammen, tauscht euch aus und teilt die Ergebnisse mit uns – wir unterstützen euch dabei!“ ist das Angebot dieses Formates. Ergänzend hierzu wird es als dritten Baustein Expert_innenrunden geben.

Die neue Engagementstrategie hat eine große Relevanz für die Rahmenbedingungen sozialen Engagements, so dass eine profunde Stimme des selbstverwalteten Ehrenamtes ein wichtiger Beitrag für den gegenwärtigen Diskussionsprozess sein kann.

*Gabriele Göhring
Referentin im Deutschen Caritasverband für Engagementförderung*

EHRENAMT VOR ORT

Interview mit CKD-Leiterin

Katja Fabesch-Kamm

Wie fanden Sie Ihren Weg zu den CKD?

Ich bin 44 und verbinde seit der Kindheit viel Positives mit St. Marien. Dass es einen Besuchsdienst gibt, weiß ich, seit ich gefragt wurde, ob ich nicht mitmachen will. 2018 habe ich also totales Neuland betreten.

2022 übernahm ich die Leitung. Meine Vorgängerin wollte sie nach 35 Jahren abgeben und machte mich mit den vielen Aufgaben vertraut.

Was motiviert Sie?

Jede von uns besucht ca. 25 Personen oder Paare im Jahr – zu Geburtstagen ab 80 und Hochzeitsjubiläen. Und,

¹ Gesetzesentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung, online unter: [https://www.bmfsfj.de/resource/blob/207618/74e22fd6031602da1157b0cb0386a426/gesetzesentwurf-demokratie-](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/207618/74e22fd6031602da1157b0cb0386a426/gesetzesentwurf-demokratie-foerderung-data.pdf)

[foerderung-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/207618/74e22fd6031602da1157b0cb0386a426/gesetzesentwurf-demokratie-foerderung-data.pdf) (zuletzt aufgerufen am 01.03.2023).

² Siehe dazu: Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) zum Referent:innenentwurf von BMFSFJ und BMI für ein Demokratiefördergesetz (DFördG), online unter:

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/207780/4ce1cf5513669145dc003f999ec75624/bundesarbeitsgemeinschaft-der-freien-wohlfahrtspflege-bagfw--data.pdf> (zuletzt aufgerufen am 01.03.2023).



ehrlich gesagt: Ich würde mich freuen, wenn mich jemand besucht, wenn ich mal alt bin. Besuche sind eine Geste des Miteinanders.

Wenig motivierend erlebe ich die Umstrukturierung in der Diözese. Es ist offen, wie viel Gemeinde in St. Marien stattfindet oder ob wir nur noch eine Riesengemeinde sind. Ich lebe in der Gemeinde. Mir ist wichtig, dass hier die Menschen nicht einsam sind.

Wie sehen Ihr Umfeld und Ihre Bezugsgruppen Ihr Engagement?

Gute Frage! Meine Freunde haben eher wenig Bezug zu St. Marien: Sie sind evangelisch. Den Dienst finden sie gut. Die Einsamkeit vieler Menschen und was man dagegen tun kann, ist auch für sie Thema.

Die CKD-Frauen finden es toll, dass sich eine junge Frau einbringt. Es gibt noch zwei Jüngere. Froh sind alle über den reibungslosen Leitungswechsel.

Wie sehen Sie das Ehrenamt der Zukunft und was muss bis dahin geschehen?

Das stelle ich mir schwierig vor. Oft stehen Menschen vor so vielen Herausforderungen, dass ohne Engagement keine Lücke entsteht. Probleme, Familie, Beruf und ein Ehrenamt unter einen Hut zu bringen, spielen auch eine Rolle. Mir wünsche ich, noch mehr Gemeinschaft und echte Wertschätzung zu erleben.



Katja Fabesch-Kamm
CKD-St. Marien, Weinheim

„Wohin mein Herz mich führt“

Genussfasten mit Kräuteresenzen und Gewürzen nach Hildegard von Bingen

Vom 24. Februar bis 26. Februar 2023 fand im Feriendorf Langenargen ein Wochenende passend zur Fastenzeit statt: Die Autorin und Hildegard-Expertin Annette Heizmann führte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in das Genussfasten ein.

Hierbei handelt es sich um eine besondere Form der Regeneration für Körper, Geist und Seele. Es darf genügend gegessen werden – die Nahrung besteht dabei aus naturbelassenen, leicht verdaulichen Lebensmitteln aus Dinkel, Gemüse und Kräutern.



Beim gemeinsamen Start am Bodensee hatten die Teilnehmenden neben dem Input zum Genussfasten auch die Gelegenheit, zur Ruhe zu kommen, neue Kraft zu schöpfen, leckeres Essen und schöne Spaziergänge zu genießen.

Anschließend startete die 10-tägige Fastenzeit, welche durch regelmäßige Zoom-Treffen der Gruppe mit Frau Heizmann begleitet wurde und dem Erfahrungsaustausch und der Beratung bzgl. des Fastens im Alltag diente.

Das Seminar ist auf der Grundlage des Buches „Der Hildegard-Code. Neun heilsame Wege“ von Annette Heizmann aufgebaut.



Patricia Katzer
CKD-Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart e.V.

AUS DER BAG KK-H

"Wir trösten, hören zu und geben manchmal Denkanstöße – wir schenken unsere Zeit"

Die Grünen Damen im St. Bernward Krankenhaus

"Mal bringe ich ein Kissen, etwas zu trinken oder begleite jemanden zur Diagnostik oder zur Toilette", erklärt Gerlinde ihr Ehrenamt im Bistum Hildesheim. Als Grüne Dame engagiert sie sich als sogenannte christliche Krankenhaushilfe.

Ehrenamtliche geben der Caritas ein Gesicht, aber ihre Arbeit kann ganz unterschiedlich aussehen. "Ich weiß nie, was mich erwartet", sagt Gerlinde, die ihren Nachnamen nicht nennen möchte. Seit 28 Jahren arbeitet die ehemalige Sozialpädagogin als "Grüne Dame" ehrenamtlich im St. Bernward Krankenhaus (BK) in Hildesheim. Als eine von momentan acht Frauen schenkt die Rentnerin in erster Linie den Patient:innen, aber auch dem Pflegepersonal regelmäßig ihre Zeit.

Die 71-Jährige hilft auch oft orientierungslosen Patient:innen, passt auf Kinder auf, wenn die Eltern untersucht werden müssen oder beschäftigt sich mit den Kranken. Aber vor allem hört sie den Menschen zu, die mit ihr sprechen möchten.

Seit zehn Jahren ist sie ein bis zwei Mal die Woche für rund drei Stunden in der Notaufnahme des BK tätig, das ist ihre Station. Wie lange Gerlinde noch eine "Grüne Dame" sein möchte? "So lange, wie ich es körperlich und geistig noch kann", sagt sie und lacht.

Auch Organisatorisches kann ein Ehrenamt sein

Eigentlich ist auch Rita Willke Rentnerin. Sie kann auf mehr als 35 Jahre Berufsleben als Krankenschwester in unterschiedlichen Bereichen im BK in Hildesheim sowie als Sterbe- und Trauerbegleiterin im Hildesheimer Hospizverein "Geborgen bis zuletzt" zurückblicken. Aber so richtig lässt Rita die Arbeit nicht los. Schon seit 2014 leitet die mittlerweile 68-Jährige in ihrer Freizeit



die "Grünen Damen" im BK. Was als Vertretung begann, entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einem dauerhaften Ehrenamt.

"Wir trösten, hören zu und geben manchmal Denkanstöße – wir schenken unsere Zeit", erklärt Rita die Aufgaben von ihr und den sieben anderen "Grünen Damen" im BK. Sie wünscht sich, dass sie mehr werden. Denn das BK kann ihre Hilfe gut gebrauchen: "Dem Krankenhaus wäre es am liebsten, wenn auf jeder der 25 Stationen eine von uns wäre." Momentan decken die "Grünen Damen" die Notaufnahme, die Onkologie, einige Allgemeinstationen und die Kinderstation ab.

Rita kümmert sich drei bis vier Stunden die Woche um Organisatorisches, veranstaltet Gruppentreffen und Fortbildungen. "Bildung ist mir sehr wichtig. Wir bieten unseren Ehrenamtlichen Fortbildungen an zu den Themen Gesprächsführung, Spiritualität, Fallbesprechungen, Pflegegrade, Patientenführung, Demenz oder Hygiene", erzählt Rita.

Seit 1986 engagieren sich die "Grünen Damen" im BK als Gruppe der Katholischen Krankenhaushilfe. Einmal im Monat treffen sie sich, um sich auszutauschen und fortzubilden. Einmal im Jahr gehen die Damen gemeinsam auf Reise – eine Tagesfahrt mit Besichtigung.

Wenn Du auch Interesse daran hast, eine "Grüne Dame" oder ein „Grüner Herr“ zu werden oder jemanden kennst, dann melde Dich bei Rita Willke unter der Nummer 0170 6780448 oder per Mail an rita.willke@gmail.com.

Weitere Informationen

Wer seine Zeit mit anderen teilen oder sie nutzen möchte, um Menschen zu helfen, kann das ehrenamtlich tun. Gegenwärtig werden in sieben Bistümern von 970 Organisationen insgesamt 2075 ehrenamtliche Projekte angeboten (Stand November 2021). Mit Hilfe des Online-Ehrenamtportals sind Ehrenamtsmöglichkeiten in der Nähe zu finden: www.caritas-ehrenamtportal.de/

Aber auch Agnieszka Krawczyk-Balon, Referat Gemeindec Caritas, und Martin

Weimann, Referent für Ehrenamt in der Armutsprävention, helfen gerne weiter. Sie sind unter 05121 / 938-145 und 05121/ 938-214 oder per Mail an agnieszka.krawczyk-balon@caritas-dicvildesheim.de und martin.weimann@caritas-dicvildesheim.de erreichbar.



Kimberly Fiebig
Online-Redakteurin des Caritasverbands für die Diözese Hildesheim e.V.

AUS DER MÜTTERGENESUNG

Mütter nicht vergessen

Aufruf zu Engagement und Spenden



„Lassen Sie uns die Mütter in unserem Land nicht vergessen und Ihnen neue Kraft spenden.“

Das ist die große Bitte von Frau Büdenbender, der Schirmfrau des Müttergenesungswerks in ihrem diesjährigen Spendenaufruf des Müttergenesungswerks:

„Noch immer sind es in erster Linie die Mütter, die die Hauptlast der Sorgearbeit leisten [...]. Die Vielfachbelastung durch Familie, Beruf, Pflege und schlechte Rahmenbedingungen stellen ein hohes Gesundheitsrisiko für diejenigen dar, die sich um Kinder und Pflegebedürftige kümmern. [...] Rund um den Muttertag rückt das Müttergenesungswerk deshalb die Leistungen und Bedürfnisse von Müttern in den Mittelpunkt. Es macht auf Missstände aufmerksam und fordert die Politik zum Handeln auf. Denn damit Sorgearbeit nicht krank macht, müssen bessere

Rahmenbedingungen geschaffen werden. [...] Solange diese nicht umgesetzt sind, ist eine Kur für viele ein Rettungsanker zur Genesung und Stärkung. [...] Aber nicht selten scheint eine Kur unerreichbar. Die Antragstellung, die Kliniksuche und die zusätzlichen Kurkosten sind belastend. Vielen Müttern ermöglichen erst die Hilfen der Beratungsstellen und die Förderung aus Spendenmitteln eine Teilnahme. [...]“

Bitte helfen Sie uns mit Ihrer CKD-Gruppe: <http://www.muettergenesungswerk.de/sammlung-kag>. Unterstützen Sie die diesjährige Spendensammlung – mit einer Spende oder mit einer Aktion vor Ort.

Danke!



Ilse Nemann-Brak
CKD-Vertreterin in der KAG Müttergenesung

BUCHBESPRECHUNG

Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Unsere gefährdete Demokratie.

Wie wir mit Hass und Hetze gegen Politiker und Journalisten umgehen. Hirzel-Verlag. ISBN 978-3-7776-3013-7. 20,-€

In ihrem Buch "Unsere Gefährdete Demokratie" analysiert die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger die aktuellen Herausforderungen für die Demokratie in Deutschland. Sie beschreibt, wie die Demokratie durch den Aufstieg von Populismus, Extremismus und autoritären Tendenzen bedroht wird und warnt vor den Auswirkungen auf die Grundrechte und die Freiheit der Bürger. Dabei geht sie auch auf die Rolle der Medien, der Zivilgesellschaft und der Politik ein und zeigt auf, wie diese Akteure gemeinsam gegen die Gefahren für die Demokratie vorgehen können.

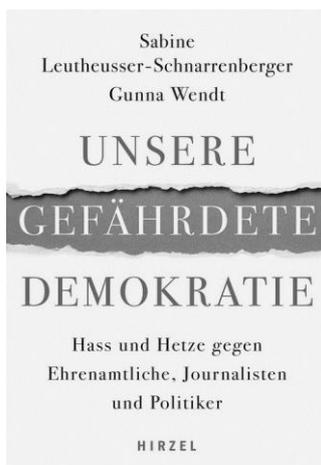


Leutheusser-Schnarrenbergers Buch ist eine aufrüttelnde und fundierte Analyse der aktuellen Lage und ein Plädoyer für eine engagierte Verteidigung der Demokratie. Die Autorin betrachtet verschiedene Entwicklungen, wie z.B. den Aufstieg populistischer Bewegungen, den Einfluss von sozialen Medien und die Einschränkung von Freiheitsrechten im Namen der Sicherheit. Leutheusser-Schnarrenberger beschreibt die Geschichte und Bedeutung von Freiheit und Demokratie und argumentiert, dass wir unsere Freiheitsrechte verteidigen müssen, um unsere Demokratie zu erhalten. Dabei lässt sie betroffene Politiker ebenso zu Wort kommen, wie Medienvertreter.

Die einzelnen Beiträge umfassen eine Schilderung der persönlichen Situation und sind oft mit Gedanken zu Lösungsansätzen verbunden. Diese sind sehr unterschiedlich, schießen teils jedoch über das Ziel hinaus. Das durch Leutheusser-Schnarrenberger formulierte Ziel einer widerstandsfähigen Demokratie, in der Politiker und Journalisten nicht von Hass und Hetze bedroht werden, wird in diesen Punkten verfehlt. Teilweise stellen Forderungen wie durch Andrea Röpke hinsichtlich der Polizei, dem Verfassungsschutz, der Justiz und dem Generalverdacht, auf dem rechten Auge blind zu sein, nur eine weitere Entzweiung der Gesellschaft dar. Die verschiedenen Rollen des unabhängigen Staates und der Zivilgesellschaft, zu der die Medien gehören, sind nicht grundlos gewählt. In der Abwägung einer umfassenderen Pressefreiheit und dem Bezug zu Persönlichkeitsrechten überwiegt für mich das Persönlichkeitsrecht – und das unabhängig von der politischen Gesinnung der Betroffenen. Die formulierten Ziele einer besseren Aufklärung und Berichterstattung sind damit wohlwollend, jedoch ist Ermittlungsarbeit primär Aufgabe der Justiz. Die Medien sind aus gutem Grund lediglich neutrale Berichterstatter, auch wenn diese Rolle bei investigativem Journalismus an eine Grenze gerät. Die Demokratie wird vor allem dadurch geschützt, dass die Synchronisierung der Gesellschaft in allen Bereichen fachlich auf hohem Niveau stattfindet.

Eine Informationskultur, die auf Aufklärung und Wissen basiert, ist der Schlüssel zu einer Gesellschaft ohne Hass und Hetze. Eine gut recherchierte Berichterstattung lässt eine informierte Bevölkerung eigene Gedankengänge entwickeln und stellt sicher, dass Extremismus kein Fundament hat. Gut recherchierter und neutraler Journalismus ist ein Schlüsselement, um die Gesellschaft zu einen, dabei könnten die öffentlich-rechtlichen Medien Vorreiter sein. Wirkliche Lösungsansätze bietet Leutheusser-Schnarrenberger diesbezüglich nicht.

Insgesamt bietet "Unsere gefährdete Demokratie" eine wichtige Analyse der aktuellen Bedrohungen für die Demokratie und gibt Anregungen, wie wir gemeinsam daran arbeiten können, unsere Freiheit und unsere demokratischen Werte zu bewahren. Ihre Intention ist dabei gut, aber die formulierten Auswege lassen noch Luft nach oben.



Tim Hintzen
Studentischer Mitarbeiter im DiCV Eichstätt

AUSSCHREIBUNG

CKD-Preis 2023

Im Zeichen des Weinstocks

Mit dem Preis „Im Zeichen des Weinstocks“ zeichnen die Caritas-Konferenzen Deutschlands – Das Netzwerk von Ehrenamtlichen Aufgaben, Projekte und Initiativen aus, die von Ehrenamtlichen ins Leben gerufen wurden und nachahmenswert für andere sind. Im Jahr 2023 geschieht dies zum 16. Mal. Die

Auszeichnung ist mit einem Preisgeld in Höhe von 500,-€ dotiert.

Unter dem Schlagwort „Wege aus der Einsamkeit“ sind Gruppen und Initiativen aus dem CKD-Netzwerk – natürlich auch der BAG Kath. Krankenhaus-Hilfe – eingeladen, sich um die Auszeichnung zu bewerben. Der diesjährige Schwerpunkt liegt auf der Zielvorgabe, dass Einsamkeit explizit erkannt, Lösungswege aufgezeigt und praktisch gegangen wurden. Die Bewerbungen zielen auf Projekte, Aktionen, Initiativen oder Dienste aus dem großen CKD-Netzwerk.

Die eingereichten Projekte, Aktionen oder Initiativen

- sollen in den letzten beiden Jahren neu entstanden sein,
- dürfen bei Einreichung auch schon abgeschlossen sein,
- sollen menschliche Nähe und Begegnung ermöglicht,
- sowie Einsamkeit durchbrochen haben,
- sollen neue Ehrenamtliche aktiviert haben,
- sollen öffentlichkeitswirksam für die Zielgruppe, die CKD und für das Ehrenamt sein und
- sollen anderen Caritas-Konferenzen Impulse für das eigene Engagement geben.

Die Gewinner werden eingeladen, die Auszeichnung im Sozialraum vor Ort in Empfang zu nehmen und ihr Projekt in CKD-Medien vorzustellen. Ausgewählte eingereichten Projekte werden als gute Praxisbeispiele veröffentlicht. Um sich zu bewerben, erhalten Sie den formalen Ausschreibungsbogen über die Bundesgeschäftsstelle:

Caritas-Konferenzen Deutschlands

Reinhardtstraße 13

10117 Berlin

ckd@caritas.de

Marlies Busse
Bundesvorsitzende
Christa Speer
Stellv. Bundesvorsitzende

INTERVIEW

Fragen an ...

CDU-Generalsekretär Mario Czaja, MdB



#Volunteers: Soziales und Caritas – Was assoziieren Sie mit sozialem Engagement?

Menschen, die sich sozial engagieren, bilden das Rückgrat der Gesellschaft. Es zeugt von der Bereitschaft, sich für andere einzusetzen und Verantwortung für die Gemeinschaft zu übernehmen. Ohne diese vielen Männer und Frauen könnten vielen Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände, ob in der Altenpflege, der Obdachlosenhilfe oder auch bei der Unterstützung von Geflüchteten, ihre Aufgaben gar nicht wahrnehmen. Ihnen allen: Danke!

#YourJob: Welche sozialen Akzente hebt die Union in der politischen Debatte hervor?

Mit liegen zwei Themen besonders am Herzen: Die Zukunft der Pflege und die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern. Es ist traurig zu sehen, dass die Ampel-Parteien sich nun gerade beim Thema Kindergrundsicherung wegen des Geldes in die Haare kriegen, anstatt gemeinsam für mehr Chancengerechtigkeit für Kinder gerade aus einkommensschwachen Familien zu arbeiten. Wir brauchen jetzt ein echtes Kinderchancengesetz, das nicht einfach versucht, die Probleme nur mit dem Zusammenlegen von Geldtöpfen zu lösen, sondern strukturell die Teilhabe- und Bildungsmöglichkeiten der Kinder verbessert.

#Future: Caritas 4.0: Was wünschen Sie den Ehrenamtlichen der Zukunft?

Vor allem mehr Wertschätzung und Anerkennung. Ihr Beitrag für unsere Gesellschaft sollte honoriert werden, etwa bei jungen Menschen durch die Anrechnung eines freiwilligen Dienstjahres auf den NC oder den Erwerb von Rentenpunkten. Ehrenamt ist wichtig. Ehrenamtliche machen unser Land durch ihr Engagement besser und stärken den Zusammenhalt im Land. Gesellschaft und Politik sollte das nicht als gegeben hinnehmen.

#Vision: Wäre ich für einen Tag Papst, würde ich ...

So etwas maße ich mir nicht an. Als Katholik aber wünsche ich mir, dass unsere Weltkirche einen Weg zu echten Reformen findet und Zeugnis des Glaubens und der Nächstenliebe bleibt.

CKD-Meetcampus

Die digitale Fortbildungsplattform:



In eigener Sache:

Wir begrüßen Monika Sewöster-Lumme als Projektreferentin für den CKD-Türöffner in unserer Bundesgeschäftsstelle und wünschen ihr Gottes Segen und alles Gute für ihr Engagement!

Save the date:

05. Mai 2023, 13.00 Uhr – 18.00 Uhr
Digitaler CKD-Fachtag
„Orte der CKD: Vertraute Menschen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Pfarreien“

Der Fachtag richtet sich an alle in den CKD Engagierten und Interessierte. Den Link für die Veranstaltung erhalten Sie über die Bundesgeschäftsstelle.

CKD-Direkt: 3. Heft 2023

Wohnen als soziale Herausforderung von Gesellschaft und Engagement

Wohnen ist zu einer neuen sozialen Frage geworden und fordert Gesellschaft und Engagementbereiche stets heraus.

Redaktionsschluss: 01. Juni 2023